

Argumente für Bonn

Infobrief der SPD-Fraktion
Juli 2010

CDU und Grüne in Bonn gefährden Arbeitsplätze Stadtwerke – Unternehmen der Bürger

Streichung der städtischen Zuschüsse birgt Gefahren für das Unternehmen

Die Stadtwerke Bonn sind als Unternehmen der Bürger eines der wichtigsten Instrumente der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Stadtwerke stellen kostengünstig Angebote im Interesse der Bürger zur Verfügung in den Bereichen:

- * Öffentlicher Nahverkehr, Bus und Bahn
- * Versorgung (Strom, Wasser, Gas)
- * Müll-Entsorgung

Die Stadtwerke erledigen ihren Auftrag qualitativ, wirtschaftlich, bieten attraktive Arbeitsplätze und damit vielen Bonnerinnen und Bonnern Zukunftschancen – sei es als Auftraggeber für die regionale Wirtschaft oder als Ausbildungsbetrieb für junge Bonnerinnen und Bonner. Darüber hinaus sehen wir die Stadtwerke als Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien, die damit einen wichtigen Beitrag zum Ausbau Bonns als Hauptstadt für nachhaltige Entwicklung leisten.

Diese Leistungen haben ihren Wert. Daher hat die SPD immer dazu gestanden, dass den

Stadtwerken eine angemessene finanzielle Unterstützung durch den städtischen Haushalt zukommt. Trotz aller Sparanstrengungen ist es aus unserer Sicht nötig und vertretbar, diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der am 18. Februar 2010 eingebrachte Haushaltsentwurf sieht hingegen eine Halbierung des Zuschusses für 2010 und eine vollständige Streichung des Zuschusses ab 2011 vor.

Wir lehnen diesen Vorschlag ab. Die SPD hat daher in ihren Haushaltsberatungen den Antrag gestellt, die Streichungen zurückzunehmen und dafür auch die entsprechenden Gegenvorschläge vorgelegt. Die schwarz-grüne Ratsmehrheit hat diesen Antrag abgelehnt und gefordert, dass die Stadtwerke dieses Geld im eigenen Betrieb einsparen müssen. Gerade der Vorsitzende des Aufsichtsrates der SWB, der Stadtverordnete Dr. Gilles, hat die SPD für ihren Antrag kritisiert.

Die ehemalige CDU-Landesregierung hat durch die Änderung des § 107 GO die wirtschaftliche Betätigung der Stadtwerke erschwert. Durch die Streichung der Zuschüsse durch CDU und Grüne ab 2011 ist das Unternehmen erheblichen Gefährdungen ausgesetzt. Ein Be-

kenntnis zu einem kommunalen Unternehmen sieht anders aus.

Dass die CDU Schwierigkeiten mit leistungsstarken kommunalen Unternehmen hat, ist seit der Änderung des § 107 der Gemeindeordnung durch die abgewählte Landesregierung ja hinlänglich bekannt; dass nun aber auch die Grünen den Stadtwerken die Pistole auf die Brust setzen, ist neu.

Wir befürchten:

- * Weitere Arbeitsverdichtung und Stellenabbau
- * Minderung der Servicequalität
- * Reduzierung des Fahrangebotes im ÖPNV

Am 8. Juli wird der Haushalt verabschiedet. Und ab Herbst 2010 wird über den Haushalt 2011/2010 beraten und entschieden.

Wir erkennen die Sparanstrengungen im Unternehmen an. Die städtischen Zuschüsse 2011 und in den folgenden Jahren auf null zu setzen, ist aber unververtretbar!